



## **Rede zur Verabschiedung des Haushaltes 2013**

### **Gehalten von Klaus-Dieter Bartel**

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

da die „Spardebatte“ erfreulicherweise nicht mehr das kommunalpolitische Geschehen beherrscht, sollten wir wieder darüber diskutieren, was Politik in Hilden anstoßen muss, damit unsere Stadt den sozialen und ökologischen Herausforderungen der nächsten Jahre gewachsen ist.

Wir Grüne sind der Auffassung, dass in Zukunft nicht weniger sondern mehr städtisches Engagement erforderlich sein wird, um die anstehenden Probleme zu lösen. Zu nennen sind u.a. die Energiewende, der Klimaschutz sowie Maßnahmen für mehr Chancen- und Teilhabegerechtigkeit in Zeiten wachsender sozialer Ungleichheit.

Gut ein Jahr vor der Kommunalwahl kann sich die Bilanz dieser Wahlperiode in einigen Bereichen durchaus sehen lassen. So wurden - trotz der „unseligen“ Spardiskussion - in den letzten Jahren vor allem bei Schule und Sport einige richtige und wichtige Entscheidungen getroffen; die neue Turnhalle an der Grünstraße, die Aufwertung des Sportplatzes an der Schützenstraße durch die Verlegung von Kunstrasen, die Sanierung der Fabry-Schule, Mensabau und weitere umfangreiche Verbesserungen beim Helmholtz-Gymnasium, um nur einige Maßnahmen zu nennen. Auch haben Ankauf und Herrichtung des Kolpinghauses gezeigt, dass Rat und Verwaltung durchaus lernfähig sind. So wurde dem Gebäude ein langjähriger Verfallsprozess – wie wir ihn vom Bahnhof kennen - erspart. Den (fast) einstimmigen Beschluss, die Fabry-Schule in eine Sekundarschule umzuwandeln, belohnten die Eltern mit unerwartet hohen Anmeldezahlen.

Hier zeigt sich: wenn Politik, Verwaltung und in diesem Fall die Schulleitung an einem Strang ziehen und die Bürgerinnen und Bürger dabei umfassend informieren und einbeziehen, schafft dies bei den Hildenerinnen und Hildenern das notwendige Vertrauen.

Was bleibt also zu tun, wo sollten wir uns stärker als bisher engagieren? Die Antwort darauf fällt uns auch in diesem Jahr nicht schwer. Weiterhin steht engagierte Klimapolitik, die sich nicht auf Absichtserklärungen beschränkt, sondern mit konkreten Maßnahmen einhergeht, ganz oben auf unserer Agenda. Auch gilt es endlich wohnungspolitische Maßnahmen zu ergreifen, die Menschen mit geringem und durchschnittlichem Einkommen zugutekommen.

Zum Klimaschutz:

Da Kohlendioxid für den Menschen nicht sinnlich erfassbar ist und eine Reduzierung der Treibhausgase deshalb keine unmittelbar spürbaren Auswirkungen auf unsere Lebensqualität hat, muss hier immer wieder Überzeugungsarbeit geleistet werden. Der Zusammenhang zwischen hohen Energieverbräuchen, Erderwärmung und Naturkatastrophen sollte uns jedoch immer bewusst sein. Auch wenn die letzten Winter wieder „richtige“ Winter waren, ist dies keinesfalls Anlass zur Entwarnung. In anderen Teilen der Welt ist der Klimawandel bereits deutlich spürbar. Und dafür tragen auch wir Verantwortung. Immer noch liegen die jährlichen Pro-Kopf-Emissionen in Deutschland mit ca. 9 t CO<sub>2</sub> deutlich über denen des „Umweltsünders“ China (knapp 6 t). Das kürzlich verabschiedete

Klimaschutzgesetz NRW sieht bis 2020 eine Reduzierung der Treibhausgase um mindestens 25 % gegenüber 1990 vor. Erreicht wurde aber bislang nur eine Verringerung deutlich unter 20 %. Es bleibt also einiges zu tun.

Trotz mehr oder weniger ambitionierter Gesetze auf Landes- und Bundesebene wird die Eindämmung der Erderwärmung ohne zusätzliche Anstrengungen der Kommunen nicht gelingen. Viele Gemeinden sind daher mit Recht stolz auf ihren Einsatz und ihre Erfolge beim Klimaschutz - sei es durch eine deutliche, meist technikunterstützte Energieeinsparung bei den städt. Liegenschaften, sei es durch integrative Mobilitätskonzepte, sei es durch pfiffige Ideen, Menschen für eine tatkräftige Reduzierung der Treibhausgase zu begeistern. Hilden – einst als „Solarcity“ gefeiert - tut sich jedoch eher schwer, in diesem Bereich zu punkten. Dabei haben wir als „Stadt der kurzen Wege“ dafür durchaus das „Potential“.

Unsere Anträge zum Klimaschutz waren und sind durchaus moderat - trotzdem sehen wir uns manchmal einem „Kampf gegen Windmühlen“ ausgesetzt.

So fordern wir seit Jahren beharrlich aber wenig erfolgreich von der Verwaltung, die eklatant hohen Verbräuche bei den städt. Liegenschaften endlich als Problem anzuerkennen und nicht durch Heranziehung fragwürdiger Vergleichsgrößen zu rechtfertigen und zu verharmlosen. Wir haben daher die Absenkung der Strom- und Gasmenge um jährlich 5 % beantragt. Dies sollte einen Handlungsdruck erzeugen, Verbräuche objektgenau zu messen, notwendige Sanierungen vorzunehmen und Nutzerinnen und Nutzer städt. Gebäude zu energiebewusstem Verhalten anzuhalten. Auf eine solche klare Zielvorgabe wollte sich die Ratsmehrheit jedoch nicht einlassen. Erfolgreicher waren wir mit dem Vorstoß, Hausmeister durch Schulungen für Energieeinsparung zu sensibilisieren und dadurch als motivierte Multiplikatoren zu gewinnen.

In Hilden ist vieles fußläufig und fast alles mit dem Zweirad zu erreichen. Es bietet sich daher an, dass die Beschäftigten der Stadtverwaltung verstärkt bei ihren Dienstfahrten auf Fahrräder zurückgreifen - dafür beantragten wir die Anschaffung von vier Pedelecs, die einen Umstieg erleichtern sollten. Mit Hinweis auf eine Testphase mit E-Bikes bei den Stadtwerken wurde dies schließlich abgelehnt. Für uns ein weiterer Beleg, dass wir in Sachen Klimaschutz noch zu zögerlich, zu wenig ambitioniert handeln.

Knapp 80 % der städt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wohnen in einem Umkreis von 10 km – hier sollten wir über weitere Anreize nachdenken (Duschräume, etc.), die es attraktiv machen, das Auto nicht oder nur in Ausnahmefällen für die Fahrt zum Arbeitsplatz zu nutzen.

Dem Ziel, den motorisierten Individualverkehr spürbar zu reduzieren, können wir auch mit Carsharing näher kommen. So trägt die stundenweise Anmietung eines Fahrzeuges zu einer bewussteren, d.h. am tatsächlichen Bedarf orientierten PKW-Nutzung bei. Ein solches Angebot ist in Hilden längst überfällig. Was in über 300 Städten Deutschlands – darunter auch in der Nachbargemeinde Langenfeld - möglich ist, sollte bei uns nicht scheitern, zumal die Rahmenbedingungen geradezu optimal sind: eine stark verdichtete Innenstadt, fußläufige Erreichbarkeit von Geschäften, Behörden und Freizeiteinrichtungen sowie ein guter, wenn auch verbesserungsfähiger ÖPNV. Die Kooperation eines Carsharing-Anbieters mit den Stadtwerken Hilden könnte sich dabei als ein geeignetes Geschäftsmodell erweisen - auch sollte sich die Stadtverwaltung daran zumindest als Kunde beteiligen.

Beim Klimaschutz existiert nicht der „eine, große Wurf“. Aber viele, auch kleinere Maßnahmen und Anstöße können Stück für Stück unseren Alltag verändern und zeigen, dass es sich auch energiebewusst „gut leben“ lässt.

Trotz Versäumnisse der letzten Jahre gibt es auch immer wieder Entscheidungen, die hoffen lassen. So kann die auf unseren Antrag hin beschlossene Entwicklung eines alle Bereiche umfassenden Klimaschutzkonzeptes notwendige Handlungsgrundlagen schaffen. Nur darf es dann nicht – wie viele Gutachten zuvor – sang- und klanglos in städtischen Schulladen verschwinden. Auch die Absicht, Ampeln fußgängerfreundlicher zu schalten, Wegeverbindungen von der Innenstadt zum Stadtpark, zu den Bahnhöfen, etc. attraktiver zu gestalten und ggf. den motorisierten Verkehr in einigen Bereichen

zu entschleunigen (z.B. am Fritz-Gressard-Platz) ist im Sinne höherer Aufenthaltsqualität und konsequenter CO<sub>2</sub>-Minderung zu begrüßen. Aber auch hier sind zeitaufwändige, kostspielige Planungen – Stichwort „Integriertes Handlungskonzept für die Innenstadt - nur dann zu rechtfertigen, wenn bei Politik und Verwaltung der Wille zur zeitnahen Umsetzung besteht.

Zum Thema Bauen und Wohnen:

Seit Jahren zeichnet sich unsere Stadt durch ein hohes Mietniveau aus. Die Gründe dafür sind einleuchtend: attraktive Wohnlagen mit optimalen Einkaufsmöglichkeiten, gute Verkehrsanbindungen, die Nähe zu den boomenden Großstädten Düsseldorf und Köln, viele positive „weiche“ Standortfaktoren, aber auch hohe Baulandpreise und wenig öffentlich geförderter oder genossenschaftlich organisierter Wohnraum. In den letzten Jahren wurden hauptsächlich teure Wohnungen geplant und gebaut: Berliner Str., Südstr., Heiligenstraße, etc. Gleichzeitig halbierte sich die Zahl der Sozialbauwohnungen innerhalb der letzten 10 Jahre. Dies führt zu Verdrängungsprozessen zugunsten gut betuchter Seniorinnen und Senioren und Singles und zum Nachteil von jungen Familien sowie von Gering- und Durchschnittsverdienenden.

Unabhängig davon, dass diese „leise“ Vertreibung menschlich nicht vertretbar ist, führt sie auch zum Verlust einer gesunden Bevölkerungsdurchmischung. Die mögliche Folge: Überalterung, Einschränkung gerade auch unserer wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten, Verlust an kultureller Vielfalt und damit ein weniger tolerantes, weltoffenes Klima. Wir sollten die Zukunft unserer Stadt nicht dem „freien Spiel“ der Kräfte bzw. des Marktes überlassen, sondern hier mit einem Bündel von Maßnahmen gezielt „gegensteuern“. Z.B. durch eine WGH, die aktiver als bisher bezahlbaren Wohnraum schafft. Durch den Verkauf städt. Flächen zu Sonderkonditionen, wenn dadurch soziale wohnungspolitische Ziele erreicht werden. Ggf. auch durch eine modifizierte, zeitgemäße Wiederauflage von Förderprogrammen. Diese wurden vor wenigen Jahren von der Ratsmehrheit fast vollständig gestrichen.

Ausgehend vom strategischen Stadtentwicklungskonzept sollte über Beratung und Umzugshilfen für Senioren nachgedacht werden, wenn diese – natürlich aus eigenem Wunsch - ihr Haus einer jungen Familie überlassen möchten. Dafür muss aber eine ausreichende Anzahl attraktiver, barrierefreier, nicht zu teurer Wohnungen mit guter ÖPNV-Anbindung und guter Infrastruktur (Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, etc.) vorhanden sein. Weiterhin ist zu untersuchen, ob bei neuen Bauvorhaben Investoren zur Schaffung eines Mindestmaßes an bezahlbarem Wohnraum verpflichtet werden könnten und sollten – entsprechende Regelungen sind unter dem Begriff „Sozialgerechte Bodennutzung“ bereits Bestandteil des Ortsrechts von München und Köln.

Die Absicht bezahlbaren Wohnraum zu schaffen können wir schon bald bei der Entwicklung des Albert-Schweitzer-Geländes unter Beweis stellen.

Bei diesem Projekt, aber auch bei anderen Bebauungsplänen, wird uns häufig die Frage gestellt, wieso wir als umweltfreundliche Partei für ein Mindestmaß an Verdichtung eintreten und uns nicht mit der Ausweisung einer lockeren Einfamilienhausbebauung zufrieden geben. Wenn wir anerkennen, dass in Hilden ein Mangel an Wohnraum herrscht, wenn uns ferner bewusst ist, dass potentielle Wohnbauflächen im Stadtgebiet rar sind und die Ausweitung der Siedlungsflächen in den naturnahen Außenbereich ein „ökologischer Frevel“ wäre, dürfen wir den spärlich vorhandenen, für eine Bebauung geeigneten Grund und Boden nicht verschwenden. Die Umsetzung der Vorgabe der Bezirksregierung für Hilden, durchschnittlich etwa 60 WE pro ha zu schaffen, würde an dieser Stelle den Bau von knapp 200 Wohnungen bedeuten. Dies lehnen wir jedoch – nicht zuletzt aus Rücksicht auf die Anwohnerinnen und Anwohner - als zu konzentriert ab.

Die vorliegende Planung sieht eine maßvolle Verdichtung an einem integrierten Standort vor – das beinhaltet z.B. auch eine Reduzierung der Klimagase durch eine gute Anbindung an den ÖPNV (Busse, S-Bahn). Das Projekt am alten Hauptschulstandort verspricht der Nachbarschaft eine Aufwertung ihres Stadtteils, soll doch hier ein Wohngebiet mit ansprechender Architektur, einem großzügigen Park und einer naturnahen Spiel- und Bachlandschaft entstehen. Der Wegfall eines Schulgebäudes aus den 50ern und einer ökologisch eher langweiligen Sportwiese dürfte verkraftbar sein. Der Verlust einiger alter Bäume fällt - trotz Ersatzpflanzungen - da schon schwerer.

Zurück zu unseren Haushaltsanträgen. Zwei Entscheidungen, die im Rahmen der Spardiskussion getroffen wurden, bedürfen unserer Auffassung nach unbedingt einer Korrektur.

So hat die Schließung des JUEKS dazu geführt, dass für junge Leute, die es besonders in den Abendstunden in die Innenstadt zieht, kein städtisches Angebot mehr vorgehalten wird – ein Ansprechpartner fehlt. Jugendliche brauchen aber einen Menschen, dem sie vertrauen und vom dem sie mitunter professionelle Hilfe erwarten können, der aber ggf. auch deutliche Grenzen aufzeigt. So hat Lärmen unter Alkoholeinfluss zu später Stunde im letzten Sommer häufig zu Beschwerden aus der Nachbarschaft geführt. Wir wollten daher eine Sozialpädagogin, einen Sozialpädagogen für die Innenstadt einstellen, die oder der u.a. dazu beiträgt, das gelegentlich angespannte Verhältnis zwischen Jugendlichen und Anwohnerinnen und Anwohnern zu entkrampfen. Mit dieser Forderung blieben wir aber bei den Ratsfraktionen alleine.

Zweites Ärgernis: Die drastische Reduzierung der Öffnungszeiten der Stadtbücherei auf 35 Wochenstunden ist für uns nicht nachvollziehbar. Unregelmäßige Öffnungszeiten (Di, Mi, Sa ab 9:30 h, Do, Fr ab 13 h) verunsichern die Besucherinnen und Besucher - die obligatorische Zeitungslektüre in den Morgenstunden ist so nur noch an drei Wochentagen möglich. Deutliche Kundenverluste sind – auch nach Auffassung der Verwaltung – die Folge (ca. 10%).

Wir sind der Meinung, dass neben einem umfangreichen, zeitgemäßen Medienbestand lange, benutzerfreundliche Öffnungszeiten das zentrale Qualitätsmerkmal einer Stadtbücherei sind. Wir haben daher – leider erfolglos – den Antrag gestellt, die Öffnungszeiten wieder auf 42 Wochenstunden anzuheben. Leider fühlen sich die Fraktionen anscheinend noch zu sehr an ihre Sparbeschlüsse gebunden.

Zum Schluss noch ein Wort zu den städt. Finanzen. Zwar ist unsere Haushaltslage noch immer im grünen Bereich, aber die Zukunft sieht nicht mehr ganz so rosig aus. Nimmt man die Mehrjahresfinanzplanung des Kämmers ernst, sind wir ab 2014, 2015 bei den „Liquiden Mitteln“ im negativen Bereich. Auch wird uns der Stärkungspakt Stadtfinanzen als sog. „abundante“, also steuerkräftige Gemeinde nicht ungeschoren lassen. Wir sollten deshalb vorausschauend handeln und die Hebesätze von Grund- und Gewerbesteuer – moderat – an die fiktiven Sätze der Landesregierung anpassen. Die Mehreinnahmen von jährlich gut 2 Mio. € könnten die zu erwartenden Finanzlöcher stopfen helfen. Da die konjunkturellen Aussichten für dieses Jahr noch recht erfreulich sind, ist eine Erhöhung der Gewerbesteuer für die Hildener Unternehmerschaft leichter verkraftbar. Steuererhöhungen in Krisenzeiten stoßen dagegen nur selten auf Verständnis.

Nach Abwägung der positiven und negativen Aspekte des zur Abstimmung stehenden Entwurfs haben wir uns entschieden, dem Haushalt 2013 zuzustimmen. Auch freuen wir uns, dass hier auch ein paar grüne Vorschläge Eingang gefunden haben.

Ich Danke für Ihre Aufmerksamkeit!